

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

22.8.1923 (No. 193)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstraße 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. B. Redakteur Carl Aug. Seyfried, Karlsruhe.

Wegspreiz: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für August 800 000 M. — Einzelnummer 50 000 M. — Anzeigengebühr: 25 000 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Amtlicher Teil

Finanzpolitische Maßnahmen der bad. Regierung

Die badische Regierung hat dieser Tage zu der Auswertung der starken Geldentwertung auf den Haushalt des Staats und der Gemeinden in eingehender Beratung Stellung genommen und auf Antrag des Finanzministers eine Reihe einschneidender Maßnahmen beschlossen.

Durch ein Notgesetz werden Land und Gemeinden ermächtigt, die Vorauszahlungen auf die Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1923 wesentlich erzieher zu gestalten, als das nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen möglich war.

Durch dieses Notgesetz ist den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, sehr rasch und erzieher die Vorauszahlungen auf die Grund- und Gewerbesteuer zum Fließen zu bringen.

Winnen kurzem werden außerdem alle staatlichen Gebühren und Tafen, soweit sie nicht wie die Gerichtsgebühren usw. an den Wert des Streitgegenstandes anknüpfen, sowie die sonstigen staatlichen Einnahmen auf wertbeständiger Grundlage angehoben und erhoben werden.

Maßnahmen gegen den Währungsverfall

Das neue Emporschnellen der ausländischen Festhalten hat Beschlüsse der Reichsregierung zur Folge gehabt, über die nun Mitteilungen ergehen. Man mußte sich zunächst auf das dringende beschränken und wenigstens verhindern, das Abwärtsinken der Mark zu verlangsamen und womöglich ganz zu bremsen.

Neben der Divisensicherung auf dem Zwangswege über die Goldanleihe kommt noch die Verschärfung der Ablieferungspflicht für die Exportwaren und außerdem ein Vorgehen auf handelspolitischem Gebiete in Betracht.

det, die neuen Maßnahmen der Regierung im Haushaltsaus-schuss des Reichstages besprochen werden.

Nach dem B. L. soll zunächst ein Divisensfonds von 200 bis 500 Millionen Goldmark für die notwendigsten Lebensmittel geschaffen werden.

Die angekündigten Maßnahmen — schreibt die „Frankf. Zeitung“ — laufen im wesentlichen darauf hinaus, die Devisenposition des Reiches zu stärken. Ein Divisensfonds kann gute Dienste bei der Regulierung übermäßiger Schwankungen leisten, vorausgesetzt, daß solche Interventionen nicht nur im Inland sondern auch im Ausland auszuführen werden.

Eine Reihe von Industrie- und anderen Wirtschaftsverbänden ist ebenso wie Vertreter landwirtschaftlicher Organisationen in den letzten Tagen mit Erklärungen hervorgetreten.

Die französische Antwort, die am Dienstag nach London abgegangen ist, enthält nach dem Pariser „Temps“ — authentische Mitteilungen liegen über ihren Inhalt noch nicht vor — ein Echo der Motive der französischen Politik gegenüber Deutschland.

Die französische Antwort an England

Die französische Antwort, die am Dienstag nach London abgegangen ist, enthält nach dem Pariser „Temps“ — authentische Mitteilungen liegen über ihren Inhalt noch nicht vor — ein Echo der Motive der französischen Politik gegenüber Deutschland.

In Übereinstimmung damit werde der französische Anspruch auf Reparationen nunmehr definitiv auf 26 Milliarden Goldmark festgesetzt. Darüber hinaus behalte Frankreich sich vor, diejenigen Beträge von Deutschland zu fordern, die es selbst an seine Gläubiger England und die Vereinigten Staaten zu zahlen haben werde.

St. Aulaire gerichteten Instruktion vom 10. Juni eingehend dargelegt worden. Diese Instruktion enthalte andererseits genaue Angaben darüber, zu welchen Modifikationen an dem gegenwärtigen Charakter der Ruhrbesetzung Frankreich bereit sei, falls Deutschland den passiven Widerstand einstelle.

Was unter die „früheren Instruktionen“ zu verstehen ist, ergibt sich aus dem Zahlungsprogramm Poincarés, wie es in der Instruktion an den Grafen St. Aulaire niedergelegt ist.

Dieses Programm gibt zu, daß Deutschland, um regelmäßige und bedeutende Zahlungen leisten zu können, eine gewisse Frist braucht, um sein Budget ins Gleichgewicht zu bringen.

1. Die Eisenbahnen des linken Rheinufers, die bereits von einer interalliierten Regie verwaltet werden, sollen an eine Gesellschaft übertragen werden, an der Frankreich, England, Belgien und das Rheinland beteiligt werden sollen.

2. Die deutsche Schwerindustrie soll sofort einen beträchtlichen Teil der Reparationen auf ihre Schultern nehmen. Eine Anzahl Kohlenzweige des Ruhrreviers sollen dem Reiche entzogen und an eine Gesellschaft übertragen werden, die auf der gleichen Basis zu errichten ist wie die für den Betrieb des Eisenbahnen.

3. Die Naturallieferungen sind in einem noch zu präzisierenden Umfange wieder aufzunehmen.

4. Die deutschen Zölle sind in Gold oder Goldwert zu erhöhen und den Alliierten anzuliefern.

5. Gemäß dem in Deutschland selbst angewandten System soll ein gewisser Prozentsatz der aus dem Erlös gewisser Exportartikel der Großindustrie resultierenden Devisen an die Alliierten abgeliefert werden.

Der „Temps“ sieht den Hauptvorteil dieses Zahlungsproblems darin, daß es die Unterlage bilden könne für eine rasche Mobilisierung der deutschen Schuld durch Ausgabe ausreichend garantierter Obligationen, die angesichts der Sicherheit der verpfändeten Einnahmen sehr rasch einen Markt auf den hauptsächlichsten Geldplätzen der Welt finden.

Paris, 21. Aug. Die 28 Generalräte, die gestern zusammengetreten sind, haben sich sämtlich für die Außenpolitik Poincarés, besonders für die Ruhrbesetzung ausgesprochen.

Paris, 22. Aug. Nach einer Grobansage aus Brüssel teilt die „Globe Belge“ mit, daß die belgische Antwort Poincarés am Mittwoch abend überreicht werden wird.

## Die Ruhrpolitik Frankreichs

**Oberfeld, 20. Aug.** Die Kohlen- und Koksborräte auf den Galben und Lagerplätzen gehen zu Ende. Es ist den Franzosen bisher nicht gelungen, die Kohlenförderung aus eigenen Kräften aufzunehmen. Die Abfuhr von Kohle und Koks auf den von der Regie betriebenen Strecken ist in den letzten Tagen weiter zurückgegangen. Es konnte wiederum festgestellt werden, daß das Ladegewicht der meisten abrollenden Wagen nicht ausreicht wurde. Ferner wurde beobachtet, daß zwischen Oberhausen und Duisburg und zwischen Oberhausen und Ruhrort Koks- und Kohlenzüge mehrere Male am Tage hin- und hergefahren werden.

**Mainz, 21. Aug.** Den Angehörigen des zum Tode verurteilten und begnadigten Landwirtschaftslehrers Görge wurde von dem Stab der Besatzungsarmee die Mitteilung gemacht, daß sich Görge nicht auf dem Wege nach Capenne, sondern im Gefängnis von Bervins in Frankreich befindet, wo er seine lebenslängliche Strafe abtut.

**Dortmund, 22. Aug.** Bei der Lohnzahlung für die im Abwehrstreik stehende Belegschaft der von den Franzosen besetzten Schachtanlagen 2 und 3 der Zeche Dorffeld, wurden in einer in Döpel errichteten Kasse von den Franzosen 600 Millionen Mark fortgenommen. 3 Beamte und 5 Arbeiter wurden verhaftet. Später wurden diese Leute auf Vorstellungen des Betriebsrates der Zeche wieder auf freien Fuß gesetzt.

**Paris, 22. Aug.** Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, sind dort gestern 35 Milliarden Mark mitgenommen worden. Eine weitere Summe von 45 Milliarden Mark wurde in Jengerkang in der Nähe von Bochum mitgenommen.

**Wesentlichen, 21. Aug.** In Notthausen haben die Franzosen die Besitzer von Kartoffelfeldern am Ausgraben von Kartoffeln verhindert mit der Begründung, daß die Kartoffeln beschlagnahmt seien. Es herrscht darüber in der Bevölkerung große Erregung.

**Witten, 21. Aug.** Die Eisenwerke Giesch sind gestern erneut von den Franzosen besetzt worden. Die Arbeiter sind in einen 48stündigen Proteststreik getreten.

## Politische Neuigkeiten

### Minister Sollman über Sachsen und Bayern

Der neue Reichsminister des Innern Sollmann sprach sich zu einem Mitarbeiter des B. L. über die bedrohlichen Verhältnisse aus, die während der ersten Tage nach dem Amtsantritt des neuen Reichskabinetts in Sachsen herrschten. Dort war es zu schweren Ausschreitungen gegen die Unternehmer gekommen. Minister Sollmann erklärte: In der Aussprache, die der Reichstangler und er mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigler hatten, habe ich gezeigt, daß die sächsische Regierung den Willen und die Macht hat, gegen ungeschickliche Handlungen von unverantwortlichen Personen einzuschreiten. Wegen der Terroristen in Sachsen helfen nur harte Mittel, die umso eher angewandt werden können, als es sich zunächst um junge Leute handelt und nicht um Familienväter. Der besonnenen Teil der Arbeiterschaft müsse selber dafür sorgen, daß die Unruhestifter zurückgedrängt werden. Abgesehen hätten sich die Verhältnisse in Sachsen bereits erheblich gebessert.

Auf das Mißtrauen, das die bayerische Öffentlichkeit dem neuen sozialdemokratischen Reichsminister des Innern gegenüber behaltet, erklärte dieser, daß von neuen zentralistischen Experimenten, welche die bayerischen Zeitungen befürchten, im Reichsministerium des Innern nichts bekannt sei. Er selber stamme aus dem jetzt bayerischen Koburg und habe 28 Jahre im Rheinland gelebt, wo die Liebe zu Berlin auch nicht allzulastig sei.

Zur Lage in Bayern schreibt die „Frankf. Bg.“ u. a.: Reist man heute durch Südbayern und gerät man nicht gerade in den reifenmentgeladenen Mittelstand Münchens und einiger anderer altbayerischer Städte oder in den Umkreis der von ehemaligen Offizieren geführten, bezeichnenderweise scharf rivalisierenden Bünde, also nicht gerade in die Atmosphäre des wilden Existenzkampfes der Depositierten, die sich aus allen Landen in besonderer Zahl um München angehäuft haben, so glaubt man überhaupt nicht an eine Konfliktsmöglichkeit. Die bodenständigen Altbayern sind gutmütig wie je, feuchzen naturgemäß wie ihre Volksgenossen unter der deutschen Last, wissen aber von den partikuläristisch-rechtsradikalen Manövern und Intrigen, zu denen sie mißbraucht werden, von den Dingen, die der Fuchs-Prozess aufdeckte, infolge des Schweigens ihrer Presse so gut wie nichts. Vor dem Kriege wurde viel mehr über die „Breußen“ geschimpft als heute; von einem bodenständigen Antisemitismus ist auch heute kaum etwas zu spüren. Das Straßens- und Eisenbahnbild ist durch Rappis belebt, die einen an die Bundesbrüder aus Österreich im Kriege erinnern; doch gehören sie nicht nur den „Kampfbund“, sondern größtenteils auch sozialdemokratischen Schutzwehren. Der Bauer hört den Hitlerpropagandisten, die bis in die eiferntesten Dörfer kommen, mißtrauisch zu; die bairische Volkspartei hätte eigentlich gar keinen Grund, so sehr hinter dem rechtsradikalen Geschrei herzulassen, wie sie es tut. Trifft man aber mit einem Angehörigen des Münchener Mittelstandes, etwa mit einem Beamten, zusammen, so bekommt man eine Vorstellung davon, was die rechtsradikalen, meist bayernfremden Hecker aus eifernen aus dem gemüthlichen Gleichtrab geschleuderten Altbayern gemacht haben. So gefällig, so ausschließlich, fruchtlos und trostlos negativ war auch der radikalste Arbeiter in den Hochzeiten sozialistischer Demagogie nicht gefant. Von dem wahren Grund des mittelständischen Glends, der maßlosen Anwendung der Inflationssteuer statt richtiger Besteuerungen, haben die Leute natürlich keine Ahnung. Man kann über Sachsen und Thüringen sagen, was man will: mit dem „Konflikt“, mit der Lockerung und Sprengung des Reiches droht keines der beiden Länder. Die Kiststruppe der bairischen Volkspartei aber in den Reihen der Bünde, die Organisation „Bayern und Reich“ droht ganz offen mit der Reichszerstörung. Im Reich wagt man nicht mehr, in der alten Weise gegen die Steuerpolitik der Regierung zu protestieren, daß Deutschland auf Kosten der Sonderinteressenten gerettet werde. Die Münchener Atmosphäre, die größtenteils von ihnen finanzierten südbayerischen Bünde, sind aber den Drahtziehern gerade recht, die Opposition zu führen. Wiederum tun also die Depositierten, die hinter der Münchener Fronde stehen, was sie seit Jahren tun: sie lassen sich von den Sonderinteressenten, die ihre Bünde bezahlen, gegen ihre eigenen und gegen die gesamtdeutschen Interessen verwenden. Läßt sich Deutschland bei dem letzten Versuche der Rettung aus eigener Kraft, lassen sich die Deutschgesinnten in Bayern diese unnationalen Querstreiber in der ernstesten Stunde der deutschen Geschichte gefallen?

Wie aus München gemeldet wird, verhandelt das bayerische Kabinett mit Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens wegen der wirtschaftlichen Not des Landes. Am heutigen Mittwoch wird das Kabinett mit den Führern der Koalitionsparteien beraten

und als Ergebnis der Kabinettsverhandlungen, die sich auch mit der durch den Regierungswechsel in Berlin geschaffenen politischen Lage beschäftigen soll, dann eine politische Kundgebung der Regierung erlassen.

## Die Leitung der Reichsbank

Die „Frankf. Bg.“ glaubt zu wissen, daß die leitenden Persönlichkeiten der Reichsbank, nun selbst bereit sind, auf Grund freiwilligen Entschlusses von ihren Posten zu scheiden und neuen Männern Platz zu machen, und daß die Reichsregierung von dieser Bereitwilligkeit auch bereits Kenntnis besitzt. Angekündigt scheint nur noch die Frage der Nachfolgerschaft zu sein. Es sei möglich, daß an Stelle des Herrn Habenstein der wiederholt genannte Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank Dr. Schacht in Betracht komme, der auf dem politischen Feld schon des öfteren hervorgetreten ist.

Der Konflikt zwischen der Reichsbank und den Angestellten, der durch die Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden entstanden ist, hat sich verschärft. Der Reichsarbeitsminister hatte zu vermitteln versucht, aber das Reichsbankdirektorium hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die ordentlichen Gerichte zu entscheiden hätten; Präsident Habenstein hat dem Reichsarbeitsministerium weiter mitgeteilt, daß er eine Feststellungsfrage beim Landgericht bereits eingeleitet u. daß das Gericht sich bereit erklärt habe, mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Falles am 29. d. Mts. zu verhandeln. Die Reichsbank sei zum Entgegenkommen bereit und werde Großmann das ihm zustehende Gehalt bis zum 1. Oktober weiter zahlen. Die Angestellten der Reichsbank und die Arbeiter der Reichsbroderei wollen nun im Wege der Abstimmung die Streitfrage entscheiden.

## Die Not der deutschen Gemeinden

Berlin, 22. Aug. Die Geschäftsstelle des Deutschen Städteverbandes teilt mit: Vertreter der Kommunalverbände waren heute beim Reichsfinanzminister, um ein schleuniges Eingreifen des Reiches zu verlangen zwecks Hilfe für die Kommunen. Vor allem die erhöhten Besoldungen und die Kohlenpreiserhöhungen stellen Anforderungen an die Gemeinden, die ohne Reichshilfe nicht zu erfüllen sind; denn daß die Ausgabe von Notgeld durch die Gemeinden nur vorübergehend als Hilfsmittel möglich ist, ist auch die Überzeugung der kommunalen Organisationen selbst. Die Kommunalvertreter verlangen unter diesen Umständen, daß das Reich mit einer größeren Kreditaktion vorgehe. Reichsfinanzminister Gilsbering erkannte die Notlage der Städte an und sagte zu, mit Reichsmitteln zu helfen. Die Hilfsaktion soll auf dem Wege über die Länder mit größter Beschleunigung durchgeführt werden, sobald die Gemeinden noch im Laufe dieser Woche in den Besitz der nötigen Mittel kommen.

## Kurze Nachrichten

Was kosten die Kontrollkommissionen? Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, wurde den Mitgliedern der fremden Kontrollkommissionen in Deutschland für die zweite Augustwoche folgende Gehälter bezahlt: General über 180 Mill. Mark, Oberst über 146 Millionen Mark, Major 113 Millionen Mark, Hauptmann 86, Untereffizier 49, Soldat 37 Millionen Mark.

Der lutherische Weltkongress wurde am Dienstag in Eisenach unter Teilnahme von 200 Abgeordneten aus 5 Erdteilen eröffnet.

Ein französisches Flugzeug bei Stuttgart beschlagnahmt. Am Samstagabend wurde ein Flugzeug der französisch-rumänischen Verkehrs-Gesellschaft bei Dasingen (O.-M. Böblingen) eine Notlandung vornehmen. Der Führer, der keinen Führerschein besaß, wurde, wie aus Stuttgart gemeldet wird, vorläufig festgenommen und das Flugzeug beschlagnahmt.

Wirtschaftskonferenz und Remelfrage. Die Wirtschaftskonferenz will der Stadt Remel Autonomie geben, im Hafen auch eine Freizone für Polen schaffen und eine Hafenkommission einsetzen, in der auch Polen vertreten ist. In einem Begleitschreiben zu diesem Vertragsentwurf, wird der litauischen Regierung mitgeteilt, daß die Unterzeichnung des Protokolls die unerlässliche Bedingung für die Übergabe der Souveränität des Remelgebietes sei.

Bruch der Kroaten mit Belgrad. Die Opposition der Kroaten gegen die Belgrader Regierung hat nun dazu geführt, daß die kroatischen Abgeordneten beschlossen, alle Beziehungen mit Belgrad abzubrechen und ihren Führer Raditsch zu ermächtigen, eine diplomatische Aktion im Auslande zwecks friedlicher Bewirtlichung der separatistischen Bestrebungen des kroatischen Volkes einzuleiten. Der Führer der Kroaten, Raditsch, gegen den der Ministerpräsident Raditsch wegen Landesverrats kürzlich die Aufhebung der Immunität durchgesetzt hatte und der dann ins Ausland geflüchtet war, ist soeben in London eingetroffen. Schon im Nationalrat vor der Vereinigung Kroatiens mit Serbien war Raditsch der Hauptvertreter der republikanischen Idee und Sonderstellung Kroatiens im südslawischen Bunde.

Der bulgarische Exminister Dboff früher Mitglied der Stambulinski-Regierung ist vom Kriegsgericht in Plewna in contumaciam zu 15 Jahren schweren Kerkers und 20 Jahren Verlust der bürgerlichen Rechte wegen Aufstehens gegen die durch den Umsturz am 9. Juni geschaffene Lage verurteilt worden. Dboff floh nach dem Juniunsturz in das Ausland und lebt jetzt in Prag.

Von einer Niederlage der Spanier in Marokko berichten Pariser Blättermeldungen. Die Lage der spanischen Truppen sei kritisch. Die Verluste der Kämpfe am Samstag mit den Rifstahlen sollen die Zahl 400 an Toten und Verwundeten übersteigen. Eine vorgeschobene Kolonne in Stärke von zwei Kompagnien Infanterie und einer Maschinengewehrabteilung und einer Kompanie Pioniere sollen von den Eingeborenen abgeschnitten und umzingelt worden sein. Eine Operation zu ihrer Befreiung ist im Gange. Von Sevilla seien bereits bedeutende Verstärkungen unterwegs.

## Badische Uebersicht

### Personen-Austausch an der Rheinbrücke

Der „N. Bad. Landesztg.“ wird aus München berichtet: Am Donnerstag, 23. August, nachmittags 1/2 6 Uhr, wird die Rheinbrücke bei Mannheim für den Austausch von Personen, die aus der Pfalz stammen, Nichtpfälzern die aus der Pfalz heraus können, auf einige Zeit geöffnet sein. Allen Pfälzern, die durch die Sperre an der Heimreise verhindert sind, wird dringend empfohlen, am kommenden Donnerstag zu versuchen, auf diese Weise über die Brücke zu gelangen.

Nach unseren Erkundigungen an maßgebender Stelle trifft die Nachricht zu.

Die gemeldete Aufhebung der Verkehrsperre im Röhler Brückenopfergebiet hat ihre Begründung darin, daß nach einer Habasmeldung aus Straßburg die Straßburger Handelskammer auf die Unzulässigkeit aufmerksam gemacht hat, welche die einander ständig folgenden Verkehrsverbote zwischen dem unbesetzten Deutschland und dem Brückenkopf von Röhler hervorzurufen, insbesondere für elsassische und lothringische Erzeugnisse. Die Rheinlandkommission hat aus diesem Grunde beschlossen, den Röhler Brückenkopf von der Sperre auszunehmen.

DZ. Röhler, 21. Aug. Auf Befehl der französischen Militärbehörde haben 14 im Bahnhofsgelände wohnende Familien ihre Wohnungen räumen müssen. Die städtische Verwaltung hat den Familien Notwohnungen zur Verfügung gestellt; zur Unterbringung der Möbel wurden in der Turnhalle die nötigen Werkzeuge errichtet.

## Die Teuerung in Baden in der 3. Augustwoche

Die Landesindexziffer für die Lebenshaltungskosten (ohne Bekleidung) stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Landesamts vom 20. August d. J. auf 541 591,67 (1913/14 = 1). Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (277 207,29) beträgt somit 95,4 Prozent.

## Auszahlung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen

Vom Hauptversorgungsamte wird mitgeteilt: Die Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen werden, soweit nicht die Überweisung auf ein Bank- u. s. w. Konto erfolgt, am 20. jeden Monats für den folgenden Monat durch die Postanstalten gezahlt, z. B. am 20. August für den Monat September. In letzter Zeit ist es öfter vorgekommen, daß die Abholung nicht am Fälligkeitstage erfolgt ist. Nach dem vom 1. September 1923 ab gültigen Zahlungsverfahren werden künftig Renten, die nicht bis zum 8. des Fälligkeitstages abgehoben worden sind, den Empfangsberechtigten auf eigene Kosten durch die Post zugestellt. — Damit diese Art der Zustellung, sowohl im Interesse der Empfänger — wie in dem der Behörde — möglichst vermieden wird, wird den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen empfohlen, ihre Renten rechtzeitig bei der zuständigen Postanstalt abzuholen. Bemerkenswert wird, daß die Renten fast durchweg wesentlich erhöht sind.

## Aus der Landeshauptstadt

Städtisches Konzerthaus. Heute (Mittwoch) und täglich gelangt die Operette „Wenn Liebe erwacht“ von Künneke zur Aufführung, es finden nur noch einige Aufführungen dieser Operette statt. — Die nächste Operettennovität, die zur Aufführung gelangt, betitelt sich „Katja, die Tängerin“. Die Hauptrollen sind besetzt mit den Damen Doree und Steffler, sowie den Herren Wahn, Gerhards, Kuhn, Seidl und Schütt. Leiter der Aufführung ist Direktor Steffler; die musikalische Leitung hat Kapellmeister Bögel. — Die diesjährige Spielzeit endet Sonntag, den 2. September, worauf heute schon hingewiesen wird.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen am 22. August vorbörslich

	22. August	Ant. Kurs vom 21. Aug.	Ant. Kurs vom 21. Aug.
Holland	2 280 000 — 2 250 000	2 194 500 —	2 205 500. <sup>10</sup>
Schweiz	1 030 000 — 1 060 000	1 009 470 —	1 014 530. <sup>10</sup>
Belgien	260 000 — 270 000	249 375 —	250 625. <sup>10</sup>
Italien	250 000 — 280 000	239 400 —	240 600. <sup>10</sup>
London	26 000 000 — 27 000 000	24 937 500 —	25 062 500. <sup>10</sup>
Paris	325 000 — 335 000	311 220 —	312 780. <sup>10</sup>
Newyork	5 800 000 — 6 000 000	5 458 250 —	5 518 750. <sup>10</sup>

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent.

Der Stand der Mark. Die heutigen vorbörslichen Kurse deuten auf eine Erholung der Mark hin. Für den gestrigen außerordentlichen Marksturz war Newyork am Montag maßgebend wo der Dollar zu 7,7 Millionen Mark gehandelt wurde. Eine Erklärung dafür ist schwer zu finden, zumal an den übrigen Börsenplätzen am Montag die Markmeldungen keineswegs die Newyorker Entwidlung mitgemacht hatten. Der starke Sturz ist erst im weiteren Verlauf eingetreten und hat dann allerdings einen Umfang angenommen, der auf eine Halbierung des Kurses vom Vortage hinausläuft. In Berliner Bankkreisen ist wie die B. L. mitteilt, das ganze Interesse auf diese Markbewegung in Newyork gerichtet, man hat dementsprechend die Devisenkurse im freien Verkehr vormittags der Newyorker Parität angepasst. Der Dollar setzte gegen 11 Uhr mit 6,6 Millionen ein, was gegenüber dem Schlusskurs am Montag von 5,4 eine beträchtliche Steigerung bedeutete. Das englische Pfund wurde mit 80 Millionen anfänglich gehandelt. Später stieg der Dollar sogar bis auf 7,5 Geld und das englische Pfund bis auf 84 Millionen.

Der „Frankf. Bg.“ zufolge wird mit großer Bestimmtheit behauptet, daß der Marksturz von Frankreich aus politischen Gründen im In- und Ausland inszeniert worden sei. Es ließ sich bereits seit einiger Zeit beobachten, daß immer wieder eine starke Devisen Nachfrage aus dem europäischen Westen, von Frankreich her vorlag, die den Marksturz dauernd in hohem Grade ungünstig beeinflusste. Frankreich stiehlt im besetzten Gebiet mit Sauerstoffgasen und Wuchwerkzeug Milliarden über Milliarden von Mark zusammen. Einen Teil davon mag es zur Zahlung an seine Truppen verwenden. Ein erheblicher Teil aber wird auf den ausländischen Börsen oder auch indirekt über Firmen des besetzten Gebietes in Deutschland selbst angeboten. Zur „Waffe“ der Münzfälschung tritt die Währungsabotage. Jeder Krieg erzeugt neue und edlere Mittel.

Zum Verbot von Markverkäufen in das Ausland steht die Veröffentlichung von Ausführungsbestimmungen bevor. Als Gelddeträge sind alle Zahlungsmittel anzusehen, die auf Reichswährung lauten. Die Berechnung findet keine Anwendung auf Reichsmarkbeträge, die einem im Auslande ansässigen Inländer oder Ausländer für Effekten, Geschäftsanteile, Grundstücke oder für Erträge aus solchen zur Verfügung gestellt werden, sowie auf Guthabenskonten vom Konto eines im Auslande ansässigen Inländers oder Ausländers auf das Konto eines anderen.

Der Ledermarkt. Am Ledermarkt hat sich die Lage in der letzten Woche nicht geändert. Die Unsicherheit in der Devisenpreisgestaltung verursacht immer noch ein weites Auseinandergehen der Preisforderungen. Die letzten Güteaktionen erbrachten niedrigere Preise, weil sie mit dem ermäßigten Stand des Dollarkurses zusammenfielen.